

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 11. Februar 1981

am Donnerstag, dem 12. Februar 1981

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	2
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	18
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	19
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	20

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

1. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Aus welchen Ländern befinden oder befanden sich nach dem 1. Januar 1980 Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland zur zivilen oder militärischen Ausbildung, um wie viele handelt bzw. handelte es sich jeweils?
2. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Welche Ausbildungsverträge plant oder bereitet die Bundesregierung darüber hinaus vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

3. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Januar 1981), wonach die DDR neben den Leistungen im Rahmen des sogenannten Freikaufs von politischen Häftlingen zusätzlich Gelder von in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Angehörigen der Inhaftierten gefordert hat bzw. fordert?
4. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus den Worten ihres bisherigen Ständigen Vertreters in Ost-Berlin, Gaus, zu ziehen, die er z. B. über den Wissensstand der Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland um die Lage der Bewohner Mitteldeutschlands geäußert hat — siehe Interview in der ZEIT, Nummer 6/1981?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

5. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Kultusministerium des Landes Rheinland-Pfalz bei Bewerbern um eine Referendarstelle für das Lehramt an Realschulen weder das an hessischen Universitäten abzulegende Erste Staatsexamen für das Lehramt an Haupt- und Realschulen, noch das nordrhein-westfälische Erste Staatsexamen für das Lehramt der Sekundarstufe I anerkennt und die Zulassung der betroffenen Bewerber ablehnt, und welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung für eine möglichst baldige gegenseitige Anerkennung vergleichbarer Abschlüsse, um Härtefälle zu lösen beziehungsweise zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

6. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU) Wie hoch ist die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland an die sandinistische Regierung von Nicaragua?
7. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Regierung von Nicaragua mit Hilfe der ausländischen Kapitalhilfe in erster Linie die Bewaffnung eines 300 000 Mann starken Milizheers finanzierte?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

8. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Trifft es zu, daß derzeit vom Bundesernährungsminister eine Änderung des Berlinförderungsgesetzes mit dem Ziel vorbereitet wird, die Berlinpräferenzen für Kakaohalberzeugnisse zu reduzieren, warum und für wann wird eine solche Änderung gegebenenfalls angezielt?
9. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die von ihr beabsichtigte Besteuerung von Methanol und Isopropylalkohol die deutschen Aerosolhersteller und Produzenten von Frostschutz-, Insekten- und Schönheitssprays in ihrer Wettbewerbsfähigkeit mit ausländischen Importeuren erheblich benachteiligt werden?
10. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung berücksichtigt, daß der durch die Besteuerung von Methanol und Isopropylalkohol zu erwartende Umsatzrückgang der deutschen Aerosolindustrie zu einer Steigerung der Arbeitslosenzahlen führen kann?
11. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit zuzugestehen, daß die Zahlung der Erhöhung der nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) zu zahlenden Entschädigungsrenten mit bis zu einjähriger Verspätung für die Empfangsberechtigten unzumutbar ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
12. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Anspruchsberechtigten zukünftig, unter Berücksichtigung des sowieso aufgeführten Leistungsvorbehalts, die Erhöhungen in einem zeitlichen Rahmen zukommen zu lassen, der, wie bei anderen Rentenempfängern auch, den Anspruchstermin und Auszahlungstermin deckungsgleich macht?
13. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die vom Bundesbauminister laut einer Meldung der Zeitung „Die Welt“ vom 27. Januar verfolgte Absicht, private Investoren mit Hilfe eines Steuerbonus – entweder mittels steuerfreier Sozialpfandbriefe oder aber mittels eines Steuerbonus nach § 17 Berlinförderungsgesetz – für den Mietwohnungsbau zu gewinnen?
14. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Mit welchen Steuerausfällen rechnet die Bundesregierung, wenn mit Hilfe solcher steuerlichen Erleichterungen – wie aus Kreisen der SPD vorgeschlagen – in einem Zeitraum von drei Jahren 300 000 Sozialmietwohnungen errichtet werden sollen?
15. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die neuen Pauschbeträge von 40 DM für Pakete und 30 DM für Päckchen an Verwandte in der DDR, die bei der Einkommen- und Lohnsteuer geltend gemacht werden können, für ausreichend, oder ist eine weitere Erhöhung der Pauschbeträge vorgesehen?

16. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, für Geschenksendungen nicht nur an Verwandte in der DDR, sondern auch an Freunde und Bekannte dem Absender in der Bundesrepublik Deutschland steuerliche Erleichterungen zu gewähren?
17. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß mit der geplanten KWG-Novelle zum Abbau von Subventionen und sonstigen Vergünstigungen die Sparkassen — wie in der Zeitschrift „Sparkasse“, Nummer 1/1981, Seite 7, festgestellt wird — bei der Gesamtsteuerbelastung gegenüber den Großbanken entscheidend benachteiligt werden, am dargestellten Beispiel und unter bestimmten Annahmen mit 62,5 v. H. gegenüber 47,6 v. H.?
18. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Warum strebt die Bundesregierung nicht eine Überprüfung des betriebswirtschaftlichen Bedürfnisses aller landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien an mit dem Ziel, die Erzeugung von Agrarsprit auf die Standorte zu beschränken, die auf Kartoffelanbau tatsächlich angewiesen sind und diesen dann ein betriebsgerechtes Kontingent zu kostendeckenden Übernahme-preisen einzuräumen, wodurch vermieden würde, daß die in neuerer Zeit mit großen finanziellen Opfern eingerichteten Kartoffelgemeinschaftsbrennereien durch die Verweigerung eines kostendeckenden Preises zugrunde gerichtet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

19. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD) Welche Überlegungen haben Bund und Länder angestellt, um die gesunde Infrastruktur der ländlichen Räume durch den Erhalt attraktiver Arbeitsplätze auszunutzen?
20. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung angesichts der zugespitzten Arbeitsplatzsituation, welche durch die Stilllegung der bayerischen Braunkohleindustrie in Wackersdorf und die Gefährdung der Arbeitsplätze in der oberpfälzischen Stahlindustrie entstanden ist, jetzt bereit, ein Sonderprogramm für die mittlere Oberpfalz zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen aufzustellen, das über die bestehenden Fördermöglichkeiten hinaus Präferenzen für diese Region schafft?
21. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Vermag die Bundesregierung Auskunft darüber zu geben, wie hoch die Beteiligungen von Ländern des Ostblocks an wirtschaftlichen Unternehmungen in der Bundesrepublik Deutschland sind und auf welche Wirtschaftsbereiche sie sich erstrecken?
22. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) In welchem Zeitraum haben sich diese Beteiligungen — gestaffelt nach den einzelnen Ländern — entwickelt, und in welchem Verhältnis stehen sie zu Beteiligungen, die deutsche Kapitalanleger in diesen Ländern getätigt haben?

23. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber erteilen, in welcher Höhe bundesverbürgte Kredite an die Volksrepublik Polen zur Zeit laufen, und wie hoch die Kredite deutscher Kreditinstitute ohne Bundesbürgschaft sind?
24. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Einfuhr deutscher Waren durch einige EG-Länder dadurch blockiert wird, daß entgegen der Entscheidung der Brüsseler Kommission die Vorlage von Ursprungszeugnissen verlangt wird, und wenn ja, durch welche, und hat es die französische Regierung unterlassen, ihre Dienststellen anzuweisen, diese Kommissionsvorschriften anzuwenden?
25. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Was beabsichtigt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu unternehmen, um die Durchsetzung der Kommissionsentscheidung im Interesse des Exports der deutschen Waren in die EG-Länder sicherzustellen?
26. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Hat die Bundesregierung, wie vom Arbeitskreis Wirtschaftspolitik der SPD-Bundestagsfraktion nachdrücklich gefordert, ihre Zustimmung zu dem Krisenkartell mit Produktionsquoten für die europäischen Eisen- und Stahlhersteller gemäß Artikel 58 des Montanvertrags u. a. davon abhängig gemacht, daß sich die EG-Länder strikt an den am 1. Februar 1980 beschlossenen AG-Subventionskodex halten und in Sitzungen des EG-Ministerrats über eine Intensivierung der Umstrukturierung und des Abbaus von Subventionen verhandeln?
27. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Wie schätzt die Bundesregierung die Chancen für solch einen Abbau, der die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Eisen- und Stahlindustrie erheblich beeinträchtigenden Subventionspraktiken der EG-Partner ein?
28. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Risiken des geplanten deutsch-sowjetischen Erdgaslieferungsvertrags und dessen finanzielle Abwicklung?
29. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Ist zu befürchten, daß nach der zu großen Importabhängigkeit vom Öl neue Abhängigkeiten und damit politische Risiken für die zukünftige Energieversorgung beim Erdgas entstehen könnten?
30. Abgeordneter
Prangenberg
(CDU/CSU) Wie hoch ist der Ansatz für Förderungsmaßnahmen für die Nutzung von Fernwärme im Zukunftsinvestitionsprogramm II, für welche konkreten Maßnahmen soll dieses Geld bereitgestellt werden?
31. Abgeordneter
Prangenberg
(CDU/CSU) Wo ergeben sich gegebenenfalls Schwierigkeiten der Förderung z. B. wegen der Mischfinanzierung?
32. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Bemühungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um den Beschluß des Bundeswirtschafts- und der Länderwirtschaftsminister vom 21. Juli 1964, wonach Kraftwerke unter 300 MW generell nicht mehr genehmigt werden sollten, aufzuheben, um so den Bau von kleineren Blockheizkraftwerken zu erleichtern?

33. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung die in einem Schreiben des Bundeskanzlers vom März 1980 an den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten ausgedrückte Auffassung, der Bau des Kernkraftwerks Brokdorf stehe mit der energiepolitischen Zielsetzung des Energieprogramms der Bundesregierung im Einklang, sowie die Erklärung des Bundeswirtschaftsministers in der Bundestagsdebatte vom 29. Januar 1981, die Bundesregierung unterstütze die Entscheidung und Politik des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten betreffend Kernkraftwerk Brokdorf, angesichts der Beschlüsse der Hamburger SPD und der schleswig-holsteinischen FDP konkret verwirklichen?
34. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung nach ihrer Auffassung genug getan, wenn sie der PREAG, wie in der Bundestagsdebatte vom 29. Januar 1981 vom Bundeswirtschaftsminister angedeutet, eine „politische Ermunterung“ gibt, gegebenenfalls an Stelle von HEW in die Betreibergesellschaft einzutreten, um damit den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf zu sichern?
35. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Rechnet die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß die Exportfähigkeit der deutschen Kernkraftwerksindustrie weitgehend von der Möglichkeit abhängt, Leistungsfähigkeit und Sicherheit durch Betrieb der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland demonstrieren zu können, damit, daß für die Kraftwerks- und deren Zulieferindustrie dringend benötigte Exportaufträge ausbleiben werden, wenn durch SPD-Sonderparteitage wie zu Brokdorf ein Kernkraftmoratorium beschlossen wird?
36. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung ihre auf den letzten Weltwirtschaftsgipfeln gegebenen Zusagen zur Energiepolitik angesichts des Hamburger Beschlusses zu Brokdorf einzuhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

37. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD) Welche Mengen des Unkrautvernichtungsmittels 2, 4, 5-T werden in der Bundesrepublik Deutschland produziert, für welche Verwendungsarten ist das Herbizid zugelassen, und liegen der Bundesregierung Kenntnisse darüber vor, welche Mengen in welchen Bereichen verwendet werden?
38. Abgeordneter
Reuter
(SPD) Sind derzeit bereits geeignete Ersatzstoffe für das Herbizid 2, 4, 5-T vorhanden?
39. Abgeordneter
Duve
(SPD) Sind der Bundesregierung das von der amerikanischen Umweltbehörde erlassene Anwendungsverbot für das Herbizid 2, 4, 5-T sowie die Tatsache bekannt, daß auch Schweden, Italien, die Niederlande, die Sowjetunion und Australien die Anwendung von 2, 4, 5-T verboten bzw. erheblich eingeschränkt haben, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

40. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, in welcher Form die Überwachung der Einhaltung der Anwendungsvorschriften für 2, 4, 5-T haltige Herbizide vorgenommen wird, insbesondere so komplizierte Vorschriften wie der, daß bei Versprühen des Herbizids durch Hubschrauber die behandelte Waldfläche nicht größer als 10 ha sein darf, daß das Versprühen bei Windgeschwindigkeiten von mehr als 5 m pro Sekunde und bei Temperaturen von über 25 ° Celsius verboten ist sowie Mindestabstände von 150 m zu nicht forwirtschaftlich genutzten Flächen und Fischgewässern und von 500 m zu empfindlichen Sonderkulturen, wie z. B. Weinbergen, eingehalten werden müssen?
41. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Trifft es zu, daß (laut Mitteilung der Zeitschrift „Geo“, Nr. 12/1980, Seite 93) die Biologische Bundesanstalt keine systematischen Kontrollen der Produktion von 2, 4, 5-T durchführt, sondern nur gelegentlich eine Überprüfung durch private Institute vornehmen läßt?
42. Abgeordneter
Schäfer
(Offenbach)
(SPD) Hält die Bundesregierung das bestehende rechtliche Instrumentarium für ausreichend, um mögliche ökologische Schäden durch die Anwendung von 2, 4, 5-T zu verhindern?
43. Abgeordneter
Kiehm
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es aus ökologischen Gründen dringend geboten erscheint, daß die Biologische Bundesanstalt eine Zulassung von Pflanzenbehandlungsmitteln (§§ 7 ff. des Pflanzenschutzgesetzes) erst erteilen sollte, wenn das Umweltbundesamt festgestellt hat, daß durch die Anwendung keine Beeinträchtigungen, erhebliche Nachteile oder sonstige Gefahren für die Umwelt herbeigeführt werden können?
44. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD) Hält die Bundesregierung eine Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes für erforderlich mit dem Ziel, Schäden für die natürliche Beschaffenheit von Wasser, Boden, Luft aber auch Pflanzen und Tieren abzuwenden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

45. Abgeordneter
Schäfer
(Offenbach)
(SPD) Hat die Bundesregierung die Absicht, von der in § 35 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes enthaltenen Ermächtigung Gebrauch zu machen, um die Herstellung und die Anwendung von 2, 4, 5-T zu unterbinden?
46. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Sind Störfälle bei Herstellung, Lagerung und Transport von TCDD-haltigen Stoffen bzw. 2, 4, 5-T Produkten in der Bundesrepublik Deutschland bekannt geworden, und wenn ja, welche, und wurden Maßnahmen getroffen, um solche Unfallrisiken zu vermindern?
47. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Ist nach Auffassung der Bundesregierung sichergestellt, daß die heute übliche Vernichtung der TCDD-Reste auf Müllverbrennungsschiffen auf hoher See zu einer rest- und schadlosen Beseitigung führt?

48. Abgeordneter
Jagoda
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Beauftragte der Bundesrepublik Deutschland gegen die vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf erteilten Asylberechtigungen für türkische Bürger, die wegen ihres Glaubens ihr Land verließen, Einsprüche erhoben hat?
49. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Haben die bayerischen Behörden dadurch, daß sie ausländischen Arbeitnehmern den Aufenthalt gestatteten, wenn sie bereit waren, gegen geringes Entgelt in der Fremdenverkehrsindustrie zu arbeiten, gegen geltendes Recht verstoßen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß die Einwanderungsbestimmungen durch die Länderbehörden eingehalten werden?
50. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung — angesichts der Tatsache, daß die obersten Bundes- und Landesbehörden bisher auf Anforderung kein ausreichend aussagekräftiges statistisches Material vorgelegt haben — zu tun, um Aufschluß über Art und Ausmaß der Nebentätigkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes und ihre etwaige Verdrängungswirkung gegenüber freiberuflich und gewerblich Tätigen zu erhalten?
51. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Beamten des Bundes, die als ehrenamtliche Beigeordnete, Stadträte oder Kreisausschußmitglieder tätig sind, gemäß § 89 Abs. 3 des Bundesbeamtengesetzes der für die Wahrnehmung des Ehrenamts erforderliche Urlaub unter Belassung der Besoldung zu gewähren ist?
52. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Falls die Bundesregierung anderer Auffassung sein sollte, wie hoch sind dann insgesamt die Verdienstausfallentschädigungen der Kommunen sowie ihr Verwaltungsaufwand zu veranschlagen, und wie läßt sich eine solche Haltung mit den Grundsätzen der Amtskooperation vereinbaren?
53. Abgeordneter
Repnik
(CDU/CSU)
- Treffen Meldungen zu, wonach die Phosphathöchst-mengenverordnung vom 4. Juni 1980 völlig wirkungslos sei, da die ab 1. Oktober 1981 bzw. 1. Oktober 1984 zugelassenen Phosphathöchst-mengen bei Wasch- und Reinigungsmitteln so hoch liegen, daß bereits jetzt ein Teil der marktgängigen Produkte ohne einen Phosphatersatzstoff unter den Höchstmengen liegen und die Waschmittelhersteller Produkte, die vor dem genannten Stichtag hergestellt worden sind, zeitlich unbegrenzt in den Verkehr bringen können, weil die Herstellungsdaten von Waschmitteln nicht deklariert werden?
54. Abgeordneter
Repnik
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung daher, durch den vermehrten Bau von Kläranlagen oder die Erhebung einer Phosphatabgabe auf Waschmittel, wie sie in den Niederlanden erwogen wird, die dringend erforderliche Reduzierung des Phosphateintrags in den Gewässern voranzutreiben?
55. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Müssen nach Auffassung der Bundesregierung für chemische Großbetriebe und deren Umgebung Pläne für den Fall von Unfällen erstellt werden?

56. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Sollte vorgeschrieben werden, daß Pläne für den Fall von Unfällen in chemischen Großbetrieben zumindest insofern öffentlich bekannt gemacht werden müssen, als von der Bevölkerung in der Umgebung dieser chemischen Großbetriebe bestimmte Schutzmaßnahmen und Verhaltensweisen für den Fall von chemischen Unfällen erwartet wird?
57. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die jüngst von der hessischen Landesregierung geäußerte Auffassung, daß das Problem der Versalzung von Werra und Weser „langfristig und endgültig nur mit dem Bau einer Salzabwasserleitung“ gelöst werden kann?
58. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die jüngsten Untersuchungen über die Schwermetallbelastung von Fischen in der Elbe, die im Auftrag der schleswig-holsteinischen Landesregierung erstellt wurden, und ist sie bereit, die Initiative zu einer Kommission der norddeutschen Küstenländer und des Bundes zur Reinhaltung der Elbe zu ergreifen?
59. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag, eine internationale Kommission zur Reinhaltung der Elbe mit Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der CSSR zu gründen?
60. Abgeordneter
Dr. Schulte
(Schwäbisch-Gmünd)
(CDU/CSU)
- Welcher Erkenntnisstand veranlaßt die Bundesregierung, der deutschen Automobilindustrie vorzuwerfen, sie biete umweltfreundliche Fahrzeuge nur auf Exportmärkten an?
61. Abgeordneter
Dr. Schulte
(Schwäbisch-Gmünd)
(CDU/CSU)
- Welche Gründe hat die deutsche Automobilindustrie der Bundesregierung dafür genannt, daß sie angeblich umweltfreundlichere Fahrzeuge nicht auf dem Inlandsmarkt anbietet?
62. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse über das Ausmaß des DKP-Einflusses auf die DFG-VK (Die Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner) hat die Bundesregierung aus Vorbereitung, Ablauf und Ergebnis der 3. Bundeskonferenz im November 1980, insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Frau Bannach-Epple aus dem Bundesvorstand und der Diskussion um das neue Programm, gewonnen?
63. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- In welchem Verhältnis steht die DFG-VK-Aktion „Friedensstaffette gegen Atomraketen“ zu der DKP-Kampagne gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Planung dieser Aktion?
64. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Welche organisatorischen und administrativen Vorkehrungen, auch durch Personalverstärkungen, sind in der Zeit von 1970 bis 1980 bei den für den Vollzug des Atomgesetzes zuständigen Behörden des Bundes zur Verbesserung der Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke getroffen worden, und welche Verbesserungen konnten dadurch bei der Durchführung atomrechtlicher Genehmigungsverfahren erzielt werden?

65. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wieweit haben sich seit Anfang der 70er Jahre verfolgten Pläne zur Standardisierung von Kernkraftwerken und Komponenten solcher Werke in den Anlagen niedergeschlagen, über deren Errichtung oder Betrieb in z. Z. anhängigen Genehmigungsverfahren zu entscheiden ist, und welche Werke oder Anlagenteile stimmen soweit überein, daß über ihre Genehmigungsfähigkeit nur einheitlich entschieden werden kann?
66. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Zu welchen konkreten Ergebnissen, insbesondere zu welchen Änderungen und Ergänzungen des Atomgesetzes und anderer atomrechtlicher Regelungen haben die von der Bundesregierung u. a. in ihrem 4. Atomprogramm 1973, im Bericht zur kerntechnischen Sicherheit 1974, in der Antwort in Drucksache 7/3871 1975, in der Drucksache 8/1557 1977, in der Dokumentation zur Nutzung der Kernenergie 1977 sowie aus vielen anderen Anlässen immer wieder angekündigten Maßnahmen zur Optimierung, Rationalisierung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke geführt, und wann rechnet die Bundesregierung diesmal, die Ergebnisse ihrer am 24. November 1980 angekündigten Prüfungen vorlegen zu können?
67. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten für eine Straffung ihrer bereits Jahre dauernden Bemühungen um Verbesserungen der Genehmigungsverfahren sieht die Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

68. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wann ist mit der Vorlage des bereits verspäteten Transformationsgesetzes zur Vierten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EG vom 25. Juli 1978 (Bilanzrichtlinie-Gesetz) zu rechnen, und in welchem Stadium befinden sich zur Zeit die Beratungen über den Vorentwurf des Bundesjustizministeriums?
69. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Bis wann muß nach den Vorstellungen der Bundesregierung das Transformationsgesetz verabschiedet werden bzw. in Kraft treten, und von welchem Zeitpunkt an sollen die neuen Vorschriften für die betroffenen Unternehmen wirksam werden?
70. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Ehen 1972 geschlossen und wieviel geschieden wurden?
71. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(CDU/CSU) Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich die Anordnung des Bundesjustizministers vom 19. Dezember 1980 —5121 (1981)—, wonach Präsidenten der zum Geschäftsbereich des Bundesjustizministers gehörende Gerichte und Behörden nur über das Bundesjustizministerium mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages Geschäftsverkehr pflegen dürfen, und in welchen anderen Geschäftsbereichen ist dies in gleicher Weise angeordnet?

72. Abgeordneter
von der Heydt
Freiherr von
Massenbach
(CDU) Wie ist der Stand des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, der entgegen den erklärten Absichten der Bundesregierung weder im Oktober 1980 noch überhaupt in der 8. Legislaturperiode im Kabinett verabschiedet wurde, und was ist der Grund für die andauernde Verzögerung?
73. Abgeordneter
von der Heydt
Freiherr von
Massenbach
(CDU/CSU) Worin liegen die Schwierigkeiten, den § 89 des Börsengesetzes so zu fassen, daß dem teilweise betrügerischen Unwesen bei der Werbung für und Vermittlung von Warenterminspekulationsgeschäften an Private ein Riegel vorgeschoben wird?
74. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Informationen vor, daß durch Gerichtsentscheidungen die Bestimmungen des § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Miethöhengesetzes, insbesondere durch die Praxis zur Erlangung einer Übersicht über „die üblichen Entgelte, die in einer Gemeinde . . . gezahlt werden“, und durch Hinweise auf vergleichbare Mieten mit dem Bundesdatenschutzgesetz nicht übereinstimmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

75. Abgeordneter
Löher
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung die §§ 13 und 14 der Richtlinien zu Artikel 56 § 2 des EGKS-Vertrags dahin gehend zu ändern, die darin vorgesehene Beschäftigungsdauer von 20 Jahren herabzusetzen und die dort vorgesehenen Höchstbeträge von 1 500 DM zuzüglich 100 DM für jeden Angehörigen zu erhöhen, und wenn ja, mit welcher Beschäftigungsdauer und mit welchem Höchstbetrag ist zu rechnen?
76. Abgeordneter
Löher
(CDU/CSU) Ist für die jüngeren Arbeitnehmer, die die Eisen- und Stahlindustrie bei bestehendem Personalüberhang verlassen wollen, vorgesehen, in die Richtlinien zu Artikel 56 § 2 des EGKS-Vertrags eine Mobilitätsbeihilfe einzubeziehen, und wenn ja, unter welchen Konditionen wären diese dann zu erhalten?
77. Abgeordneter
Poß
(SPD) Welche Auswirkungen hat nach Auffassung der Bundesregierung die Machtübernahme der Militärs im September 1980 in der Türkei auf die familiäre und berufliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland lebender Türken?
78. Abgeordneter
Witek
(SPD) Reichen nach Auffassung der Bundesregierung die Arbeitsschutzbestimmungen in der Bundesrepublik Deutschland aus, um die bei der Herstellung von 2-, 4-, 5-T haltigen Produkten beschäftigten Chemiearbeiter vor gesundheitlichen Gefahren zu bewahren?
79. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung es für gerechtfertigt, daß bei verspäteter Beantragung von Waisengeld bzw. -rente eine unterschiedliche Behandlung dadurch eintritt, daß nach dem Gesetz über die Altershilfe für Landwirte nur bei Beantragung innerhalb von

- drei Monaten, nachdem die Voraussetzungen erfüllt sind, rückwirkend gezahlt wird, in der Rentenversicherung hingegen Ansprüche auf Sozialleistungen erst nach vier Jahren verjähren, und wenn nein, wie strebt die Bundesregierung eine Besserstellung der Landwirtsnachkommen an?
80. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung sich dessen bewußt, daß Behinderte, die auf dem freien Markt vermittelt wurden, aber in ihrer Arbeitsleistung nicht ein Fünftel erreichen, nicht sozialversichert sind, wie sie es in Werkstätten für Behinderte wären, und welche Abhilfe schlägt die Bundesregierung vor?
81. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die in der Berichterstattung zum „Jahr der Behinderten“ vielfach dokumentierte Auffassung, daß durch mißbräuchliche Inanspruchnahme dieses Gesetzes durch immer größere Bevölkerungsgruppen die Lage der wirklich ernsthaft Behinderten eher schwieriger geworden ist, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die sozialen und ökonomischen Auswirkungen dieser „Flucht in die Schwerbehinderung“ vor?
82. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung Korrekturen des Schwerbehindertengesetzes oder andere geeignete Maßnahmen, die den ernsthaft Behinderten den unerträglichen Wettbewerb mit den „Cleveren“ erspart?
83. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Welche Fallgruppen unterscheidet die Bundesregierung bei Mißbrauch des sozialen Netzes, und wie hoch wären die Einsparungsmöglichkeiten, die sich bei Abschaffung dieser Mißbräuche ergeben würden?
84. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, Pflegekosten von Rentnern, die diese bei Unterbringung in Pflegeheimen zu zahlen haben, auf Krankenkassen zu übernehmen, um zu verhindern, daß dieser Personenkreis wegen zu niedriger Rente trotz eines langen Arbeitslebens zu Sozialhilfeempfängern wird?
85. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)
- Wieviel Pflichtplätze im Sinne der §§ 4 ff. des Schwerbeschädigtengesetzes (SchwbG) waren bei den Bundesministerien einschließlich ihrer nachgeordneten Behörden in den Jahren 1975 bis 1980 vorhanden, und für wieviel nichtbesetzte Pflichtplätze mußte Ausgleichsabgabe nach § 8 SchwbG gezahlt werden?
86. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)
- Wie viele schwerbehinderte Beamte, Angestellte und Arbeiter sind bei den Bundesministerien einschließlich der nachgeordneten Behörden in den Jahren 1975 bis 1980 eingestellt worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

87. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Wieviel Abteilungen, Unterabteilungen und Refe-
rate gibt es im Bundesministerium Jugend, Familie
und Gesundheit, und wieviel davon werden von
Frauen geleitet?
88. Abgeordneter
Eimer
(Fürth)
(FDP) Wie hoch werden die Etatansätze bei den Unter-
haltsvorschußkassen nach dem Unterhaltsvorschuß-
gesetz absolut und prozentual durch beantragte
Leistungen ausgeschöpft, und wie hoch ist der
Rückfluß von Vorschüssen von den Unterhalts-
verpflichteten?
89. Abgeordneter
Eimer
(Fürth)
(FDP) Bewirkt die Tatsache der Vorschußzahlung eine
höhere Zahlungsmoral bei den Unterhaltsverpflich-
teten während der drei Jahre und für die Zeit
danach?
90. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des
Sachverständigenrats für Umweltfragen (Umwelt-
gutachten 1978, Nr. 262 und 286), derzufolge die
Anwendung von 2, 4, 5-T als Unkrautvernichtungs-
mittel unterbleiben sollte, solange die toxikolo-
gische Unbedenklichkeit des Mittels nicht bewiesen
ist bzw. Zweifel an seiner Unbedenklichkeit be-
stehen?
91. Abgeordneter
Reuter
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der
Biologischen Bundesanstalt in der Bewertung des
2, 4, 5-T, daß „allein der Nachweis einer im Tier-
experiment beobachteten teratogenen (Mißbildun-
gen auslösenden) Wirkung eines Pflanzenschutzmit-
tels ein allgemeines Anwendungsverbot oder ein-
schneidende Anwendungsbeschränkungen nicht er-
fordert“ (lt. Mitteilung in der Zeitschrift „Geo“,
Nr. 12/1980, Seite 92)?
92. Abgeordneter
Duve
(SPD) Reicht nach Auffassung der Bundesregierung die
Feststellung der EPA aus, daß in den letzten sechs
Jahren jeweils drei Monate nach der Anwendung
von 2, 4, 5-T in den besprühten Regionen eine
erhöhte Fehlgeburtenrate zu verzeichnen war,
um die Zulassung von 2, 4, 5-T-Präparaten in der
Bundesrepublik Deutschland aufzuheben?
93. Abgeordnete
Frau
Zutt
(SPD) Hält die Bundesregierung es für ausreichend, daß im
Pflanzenschutzgesetz lediglich die Ermächtigung
von Anwendungsbeschränkungen und -verboten ent-
halten ist, dagegen keine Ermächtigung für Produk-
tionsverbote enthalten ist und überdies durch Aus-
nahmeklauseln für in der Bundesrepublik Deutsch-
land nicht zugelassene Pflanzenschutzmittel der
Export zugelassen werden kann?
94. Abgeordneter
Kiehm
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, Initiativen zu
ergreifen mit dem Ziel einer Aufnahme von 2, 4, 5-T
in die Giftliste, und welche Möglichkeiten bestehen,
2, 4, 5-T entsprechend seinem Gefährdungspoten-
tial als hochtoxische Substanz zu kennzeichnen?

95. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Strafandrohungen bei Verstößen gegen das Arzneimittelgesetz im Hinblick auf den illegalen Handel mit verbotenen Tiermastpräparaten für ausreichend, und ist die Bundesregierung bereit, eine Rechtsnorm für den Vertrieb von Arzneimitteln herbeiführen, um die Abgabe von Tiermastpräparaten wirksamer kontrollieren zu können?
96. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu einem generellen Einsatzverbot von Hormonen in der EG-Viehhaltung, und auf welche Weise wird beim Import von Fleisch aus Drittländern (USA, Argentinien) dieses Hormonverbot durchgesetzt angesichts der Tatsache, daß in vielen Ländern der Welt Hormone eingesetzt werden, die eine Mehrzunahme an Fleisch bis zu 20 v. H. bewirken?
97. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung sichergestellt, daß nach dem Anwendungsverbot von quecksilberhaltigen Beizmitteln in der Bundesrepublik Deutschland und deren Ersatz durch teurere Beizmittel keine Getreideimporte und Importe von Getreidesubstituten aus Ländern zugelassen werden, in denen quecksilberhaltige Beizmittel zugelassen sind und angewendet werden?
98. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß den Sozialhilfeempfängern mit drei Kindern das am 1. Februar 1981 um 60 DM erhöhte Kindergeld sogleich wieder von dem Sozialhilfebetrug abgezogen wird, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um nicht weiterhin die Sozialhilfeempfänger von der Erhöhung des Kindergelds auszuschließen?
99. Abgeordnete
Frau
Noth
(FDP)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Vorschlag der Leiterin des Arbeitsstabs Frauenpolitik zu folgen, künftig dem Arbeitsstab Gelegenheit zu geben, vor Aufnahme der parlamentarischen Beratungen in einem bestimmten Zeitraum Gesetzesvorlagen zu prüfen und mit den relevanten Ressorts noch zu verhandeln?
100. Abgeordnete
Frau
Noth
(FDP)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Vorschlag der Leiterin des Arbeitsstabs Frauenpolitik zu folgen, bei allen neuen Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen in einem Anhang mitzuteilen, welche Auswirkungen diese auf Frauen haben?
101. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Inwieweit liegen abschließende Untersuchungen vor über die Reduzierungsmöglichkeiten von Asbest in Talkum, das als Gleitmittel u. a. in Tabletten und in Pudern vielseitig Verwendung findet?
102. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um den Verbrauch von Talkum einzuengen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

103. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der ohne ausdrückliche Zustimmung der Verkehrsbehörden in Einzelfällen vorgenommenen Installierung von hochgestellten zusätzlichen Bremsleuchten bei Personenkraftwagen innenseitig vor der Heckscheibe, und wird sie diese Bremsleuchten legalisieren oder gar vorschreiben?
104. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Welche Gründe kann die Bundesregierung dafür geltend machen, daß die erst am 1. Januar 1981 in Kraft getretene Neufassung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen bereits so überholt sein soll, daß Bundesminister Dr. Hauff in seinem Interview mit dem hessischen Rundfunk vom 25. Januar 1981 ganze 25 Tage nach dem Inkrafttreten die vom Gesetzgeber vorgegebenen Ziele des Gesetzes als „völlig unrealistisch“ charakterisiert, „alle Projekte noch einmal auf den Prüfstand nehmen“ will und das Zehnjahresvolumen bereits um mehr als ein Drittel vermindert?
105. Abgeordneter
Sick
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung angesichts der vom sowjetischen Minister für Handelsschifffahrt, Timofei Guzhenko, vorgebrachten Beschwerden über angeblichen „westlichen Schifffahrtsprotektionismus“ und seiner Ankündigung „starker Gegenmaßnahmen“ bereit, der Sowjetunion gegenüber auf eine sachliche Klärung der Vorwürfe zu drängen, damit nicht erst schädliche Entwicklungen auftreten, und über das Ergebnis das Parlament (Fachausschuß) zu unterrichten?
106. Abgeordneter
Sick
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bisher auf die Schifffahrtspolitik der Sowjetunion das Prädikat Protektionismus und Dumping eher zutrifft als auf westliche Reedereien, so daß westliche Reedereien mit Konferenzen Protektionismus und Dumping nicht betreiben, sondern ihnen entgegenwirken?
107. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Trifft die Pressemeldung vom 29. Januar 1981 zu, daß die Bundesregierung sich aus dem Aufsichtsrat des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr zurückzieht, und wenn ja, welches sind die Gründe, und welche langfristigen Ziele werden mit diesem Schritt verfolgt?
108. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, sich aus noch mehreren Aufsichtsgremien von Verkehrsgesellschaften zurückzuziehen?
109. Abgeordneter
Witek
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, in ihrem Bereich, z. B. an Bundesfernstraßen, Bundesbahnstrecken und Bundeswasserwegen, dem Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen zu folgen, das die Anwendung von Herbiziden an Landesstraßen und in Staatsforsten untersagt hat, und in welchem Zeitraum ist mit einem solchen Anwendungsverbot gegebenenfalls zu rechnen?

110. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- In welchem Ausmaß verwendet die Deutsche Bundesbahn 2, 4, 5-Trichlor-phenoxy-Essigsäure, die, ebenso wie in noch stärkerem Maße sein Begleitstoff Tetrachlor-dibenzodioxin (DCDD, „Seveso-Gifte“), beim Menschen zum Auftreten von Krankheiten nach Genuß auch gering kontaminierter Nahrung führen kann (siehe dazu Dokumentation der Landesanstalt für Ökologie NW zu 2, 4, 5-T, Recklinghausen 1977), als Herbizid an ihren Gleisanlagen?
111. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Maßnahmen gedenkt das Bundesverkehrsministerium zu ergreifen, um die Deutsche Bundesbahn dazu zu bewegen, daß der Gebrauch von Herbiziden an den Gleisanlagen der Deutschen Bundesbahn eingeschränkt, daß insbesondere die Verwendung vom 2, 4, 5-T haltigen Präparaten unterlassen wird und daß so die Auffassung des Umweltgutachtens von 1978 in Nummer 285/86 auch im Bereich der Deutschen Bundesbahn Geltung erhält?
112. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung die Aufnahme der A 31 in eine neue Dringlichkeitsstufe I A des Bundesverkehrswegeplans davon abhängig macht, daß Niedersachsen im Zuge der Emsquerung der A 22/A 31 entgegen dem Willen aller politischen und gesellschaftspolitischen Kräfte im ostfriesisch/emsländischen Raum eine Klappbrücke statt eines Tunnels akzeptiert, oder gibt es kein derartiges Junktim?
113. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)
- Wie verträgt sich die Ankündigung von Bundesverkehrsminister Dr. Hauff, wonach Kontinuität und Dialog mit dem Bürger zwei seiner verkehrspolitischen Ziele seien, mit dem Bruch klarer Zusagen vor der Bundestagswahl in der Frage der Autobahnplanung A 22/A 31 und des Emstunnels?
114. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Vorschriften und die ärztlichen Angaben, die von der Deutschen Lufthansa bei Flugbuchungen von behinderten Mitbürgern verlangt werden, von den Betroffenen als Diskriminierungen empfunden werden müssen, und was gedenkt sie zu tun, damit derartige Beeinträchtigungen und Diskriminierungen alsbald beseitigt werden?
115. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob ähnliche Vorschriften im Verantwortungsbereich des Bundes auch bei anderen öffentlichen Verkehrseinrichtungen bestehen?
116. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Welche Gründe waren dafür maßgebend, daß eine Ausschreibung des Wasserstraßenmaschinenamts Rendsburg für die Beschaffung von acht Lotsenversetzbooten aufgehoben wurde und einen Tag später eine Vergabe an einen Hersteller in Norwegen erfolgte, ohne den deutschen Anbietern die Möglichkeit zu geben, sich auf Grund geänderter Voraussetzungen neu zu bewerben?
117. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Trifft es zu, daß die norwegischen Boote unter anderem in Leistung und Größe wesentlich von der Ausschreibung abweichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

118. Abgeordneter
Rapp
(SPD) Hält es die Bundesregierung für richtig, daß die Deutsche Postreklame, Hauptverwaltung, Frankfurt am Main, die Anbringung von Aufklebern in öffentlichen Telefonzellen, auf denen z. B. ein Landratsamt Adresse und Telefonnummer der nächsten Drogenberatungsstelle bekannt gibt, als „kostenpflichtige Werbung“ betrachtet?
119. Abgeordneter
Rapp
(SPD) Ist — andernfalls — die Bundesregierung bereit, die Arbeit der Suchtberatungsstellen dadurch zu fördern, daß sie die kostenlose Anbringung solcher Aufkleber ermöglicht und für die Verbreitung dieser Maßnahme wirbt?
120. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Durch welche Maßnahmen wird die Bundesregierung sicherstellen, daß Telefongespräche von und nach Berlin künftig nicht mehr abgehört werden können?
121. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Abhörraffäre beim Düsseldorfer „Handelsblatt“ — Abhörung eines Telefonats mit dem Berliner Büro dieses Blatts und illegale Tonbandaufzeichnungen — vor?
122. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die positiven bzw. negativen Auswirkungen der Einführung von postalischen Kennziffern anstelle von Orts- bzw. Stadtteilbezeichnungen im Postverkehr?
123. Abgeordneter
Funke
(FDP) Welche Möglichkeit sieht die Deutsche Bundespost, den Interessen privater Sammler entgegenzukommen und ein Abonnement für Jahreszusammenstellungen von Sonderbriefmarken anzubieten, die bisher stets kurz nach ihrem Erscheinen im Versand vergriffen und nur noch mit entsprechendem Aufschlag über private Briefmarkenhändler zu erhalten sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

124. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD) Gibt es Untersuchungen darüber, in welcher Weise ein weiterer Wohnungsbau in den Ballungszentren den Zuzug weiterer Bevölkerungsgruppen fördert?
125. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Trifft die Darstellung Ruth Beckers über das „Bauherren-Modell“ in der Zeitschrift arch+ (Heft 54 Dezember 1980, Seite 19 ff.) zu, daß beim „Bauherren-Modell“ mit einer staatlichen Subventionssumme, die etwa doppelt so hoch ist wie beim sozialen Mietwohnungsbau, Objekte gefördert werden, die beim Erstbezug doppelt so hohe Mieten haben wie im sozialen Wohnungsbau, und dem Bauherren ohne den Einsatz von Eigenkapital staatliche Gewinne bringen?

126. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Kann die Bundesregierung das Zahlenbeispiel von Frau Becker bestätigen, nach dem bei einem Reihenhäusobjekt mit 110 qm Wohnfläche mit Gesamtkosten von 566 000 DM bei einem Bauherren mit dem Grenzsteuersatz von 56 v. H. innerhalb von fünf Jahren Gewinne von rund 100 000 DM bei staatlichen Steuerverzichten von rund 240 000 DM entstehen, ohne daß der Bauherr dazu Eigenkapital aufbringen muß?
127. Abgeordneter
Dr.-Ing. Kansy
(CDU/CSU) Wie hoch ist angesichts sehr unterschiedlicher Veröffentlichungen nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Wohnungen im Bundesgebiet, die fehlen, leerstehen und jährlich unbewohnbar werden?
128. Abgeordneter
Dr.-Ing. Kansy
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Befürchtung des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung e. V., daß durch die Verschiebung der Wohnungs- und Gebäudezählung die Fehlförderungen und Fehlinvestitionen im Wohnungsbau ein Vielfaches der eingesparten Mittel betragen?
129. Abgeordnete
Frau Roitzsch
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die Kosten im Wohnungsbau zu reduzieren?
130. Abgeordnete
Frau Roitzsch
(CDU/CSU) Welche wohnungsbaupolitischen Maßnahmen will die Bundesregierung auf der Grundlage des Gesprächs des Bundeskanzlers mit den Chefs der Länderregierungen vom 8. Dezember 1980 vorrangig einleiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

131. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die öffentliche Kritik des französischen Botschafters an der deutschen Brüterpolitik (Neue Rheinzeitung vom 16. Januar 1981), wonach diese Politik angeblich schleppe und inkonsequent sei, und hat sich die Bundesregierung ähnlich kritisch über die französische Nuklearpolitik geäußert?
132. Abgeordneter
Dr. Lenzer
(CDU/CSU) Treffen Meldungen zu, daß die niederländische und belgische Regierung erwägen, ihre Beteiligung an dem Schnellbrüterprojekt SNR 300 wegen der unklaren energiepolitischen Haltung der Bundesregierung aufzukündigen?
133. Abgeordneter
Dr. Lenzer
(CDU/CSU) Wie sieht die Bundesregierung angesichts des Beschlusses des SPD-Sonderparteitags in Hamburg zum Weiterbau des Kernkraftwerks Brokdorf die Gefahr, daß sich beide Partner endgültig aus diesem Projekt zurückziehen werden?

134. Abgeordneter
Schröder
(**Wilhelminenhof**)
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Absicht der französischen Regierung, im Rahmen des „Carburol“-Programms bis zum Jahr 1990 25 bis 50 v. H. des Kraftfahrzeugbenzins durch die Beimischung von Alkohol aus sogenannten nachwachsenden Rohstoffen zu ersetzen, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang weitere Äußerungen deutscher Wissenschaftler, daß die Erzeugung von Agraralkohol zu Beimischungszwecken ab Mitte der 80er Jahre wettbewerbsfähig sein werde?
135. Abgeordneter
Schröder
(**Wilhelminenhof**)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Erforschung bzw. Durchführung ähnlicher Vorhaben in der Bundesrepublik Deutschland zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

136. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Welche Gründe waren dafür maßgebend, daß die Bundesregierung auf eine Inanspruchnahme der Verursacher für den Schaden, der wegen der Beteiligung an illegalen Waffengeschäften in den 60er Jahren entstanden ist, verzichtet hat, obwohl nach der für den Vergleich mit der Fa. Merex AG herangezogenen Rechtsgrundlage des § 839 BGB in Verbindung mit Artikel 34 des Grundgesetzes ein solcher Rückgriff bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit vorbehalten bleibt?
137. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Welche Umsatzsteuerbeträge sind für die illegalen Waffengeschäfte der Fa. Merex AG in den 60er Jahren insgesamt rückvergütet worden?
138. Abgeordneter
Kittlmann
(CDU/CSU) Welchen politischen und juristischen Hinweis sieht die Bundesregierung in der Äußerung des Berliner Regierenden Bürgermeisters Dr. Vogel, daß der ehemalige Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesregierung in Ost-Berlin, Herr Gaus, seine umstrittene Äußerung, im Umgang mit der DDR den Begriff „Nation“ nicht mehr zu verwenden, nicht in seiner neuen beruflichen Position als Senator für Wissenschaft und Forschung, sondern im Dienste der Bundesregierung gemacht habe?
139. Abgeordneter
Kittlmann
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung in der Öffentlichkeit dem Eindruck entgegenwirken, daß Bedienstete in ihrem Verantwortungsbereich verfassungswidrige Äußerungen vertreten dürfen, wenn nach einer Aussage, die Herr Gaus zu verantworten hat, nicht erkennbar wird, welche Konsequenzen dies dienstrechtlich hat und der dafür Verantwortliche – mit Glückwünschen der Bundesregierung versehen – eine wesentliche neue Funktion in Berlin wahrnimmt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

140. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Mit welchen Gründen rechtfertigt die Sowjetunion ihre Ablehnung der deutschen, amerikanischen, britischen und französischen Bemühungen um die Entlassung des am 26. April 1981 87 Jahre alt werdenden und am 10. Mai 1981 seit 40 Jahren inhaftierten Rudolf Hess, den der Nürnberger Gerichtshof der Siegermächte von der Anklage, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, freigesprochen hat, und der seit Jahren der letzte Insasse des Alliierten Militärgefängnisses in Berlin-Spandau ist?
141. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Wie hoch war in den Jahren 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979 und 1980 jeweils die Summe deutscher Haushaltsaufwendungen für das Alliierte Militärgefängnis in Berlin-Spandau, nachdem sie sich laut Auskunft der Bundesregierung allein im Jahr 1973 (Plenarprotokoll vom 17. Mai 1974, Seite 6610) auf 1 031 578,98 DM belaufen hatte?
142. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Finanziert die Bundesregierung direkt oder indirekt über eine Stiftung das Büro der salvadorianischen Guerilla in Bonn, und wenn nicht, hat sie Kenntnis davon, wie dieses Propagandabüro finanziert wird?
143. Abgeordneter
Lorenz
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung einen ersten Grenzberichtigungsvertrag mit den Niederlanden abschließen will, und wenn ja, wie ist sichergestellt, daß durch das vorgesehene Verfahren nicht der Grundsatz verletzt wird, wonach Grenzfragen erst in einem Friedensvertrag geregelt werden können?
144. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein umfassender Atomteststoppvertrag der Kernwaffenstaaten, wie er seit Juli 1977 von den Kernwaffenstaaten USA, UdSSR und Großbritannien angestrebt wird, einen wesentlichen Schritt zur Verhinderung der horizontalen und vertikalen Proliferation darstellt, und hält sie die gegenwärtigen Bemühungen der Kernwaffenstaaten zur Erzielung eines entsprechenden internationalen Vertragswerks für ausreichend?
145. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch geeignete Initiativen im Rahmen der europäisch-politischen Zusammenarbeit, der Genfer Abrüstungskonferenz oder der Vereinten Nationen und in Kooperation mit den Nichtkernwaffenstaaten Abschluß eines umfassenden Atomteststoppvertrags voranzutreiben?
146. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Ist es richtig, daß der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Obervolta sich in seinem Bericht Nr. 570/80 über die Hungerkatastrophe in der Sahel-Zone u. a. wie folgt ausgelassen hat: „Durch völliges Absehen von Eingriffen in die Natur dieser Region . . . Das hieße ferner, daß sich der Viehbestand und die Bevölkerung verringern müßten, bis das Gleichgewicht des ‚Besatzes‘ und

der Ressourcen wiederhergestellt wäre. Dies könnte durch weitere Katastrophen (Krankheit, Unterernährung) oder durch Abwanderung an andere Stellen geschehen.“?

147. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Wenn ja, ist die Bundesregierung auch der Auffassung, daß dieses zutiefst menschenverachtende Verhalten nur die unverzügliche Entlassung des Botschafters zur Folge haben kann?
148. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Beeinflußt die Haltung der christlich-demokratischen Parteien zu dem militärisch/zivilen Regime von Jose Napoleon Duarte in El Salvador die Politik der Bundesregierung?
149. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, auf den NATO-Partner USA einzuwirken, künftig keine Waffen und Militärberater mehr in den mittelamerikanischen Staat El Salvador zu entsenden?
150. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Woher leitet die Bundesregierung den Anspruch ab, die Entscheidung eines Friedensvertrags über die Grenzen Deutschlands bereits vorwegzunehmen und damit zu präjudizieren, wenn Staatsminister Dr. von Dohnanyi in einem Interview erklärt, daß das Ergebnis des Friedensvertrags bereits feststeht?

Bonn, den 6. Februar 1981

